

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

24. Jahrgang

Berlin, den 18. Oktober 1957

Nummer 42

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik Deutschland als Investor¹⁾

Die Investitionsaufgaben

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Steinkohlenförderung die Grundlage für die Industrialisierung Europas. Der Bedarf an Steinkohlen wird voraussichtlich auch in absehbarer Zukunft trotz der zunehmenden Verwendung von Erdöl und anderen Energieträgern absolut mindestens ebenso schnell wachsen wie bisher. Die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl schätzt, daß der Steinkohlenbedarf in den Ländern dieser Gemeinschaft von 278 Mill. t im Jahre 1956 auf 362 Mill. t im Jahre 1976 ansteigen wird, daß jedoch die Steinkohlenförderung dieser Länder in der gleichen Zeit nur auf 320 Mill. t wird gesteigert werden können (1956: 249 Mill. t). Diese Fördersteigerung müßte überwiegend vom Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden, da die in anderen Ländern der Gemeinschaft anstehenden Kohlenvorräte nur noch eine Fördersteigerung von etwa 20 Mill. t jährlich als möglich erscheinen lassen.

Am Wachstum des Kohlenbedarfs gemessen ist der westdeutsche Steinkohlenbergbau mit der Ausweitung und Entwicklung seiner Produktionsanlagen allerdings stark im Rückstand geblieben. Während die jährliche Steinkohlenförderung im Bundesgebiet größer ist als der ganze Kohlenvorrat einer mittleren Doppelschichtanlage bis zur Tiefe von 1 200 m, sind in den letzten zwanzig Jahren nur sechs neue Anlagen förderfertig geworden. Die Schichtleistung je Mann liegt zur Zeit noch um annähernd 20 vH unter derjenigen des Jahres 1936. Auch dieser Rückgang ist entscheidend darauf zurückzuführen, daß es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, die Erschwerungen der Kohlegewinnung und -förderung, die sich aus dem Vordringen in größere Tiefen und aus dem Abbau auch weniger günstiger Lagerstätten ergeben, durch Investitionen zur Rationalisierung und Modernisierung zu kompensieren.

Das Zurückbleiben der Investitionstätigkeit ergab sich aus einem fast vier Jahrzehnte nahezu ununterbrochen ausgeübten Druck auf die Steinkohlenpreise, dem — im Unterschied zu anderen europäischen Ländern — in Deutschland kein genügender Ausgleich durch Bereitstellung öffentlicher Mittel und lange Zeit auch keine steuerliche Entlastung gegenüber gestanden hat. Seit dem 1. April 1956 besteht im Bereich der Montanunion für die Preisbildung der Steinkohle de jure Freiheit, aber das Echo auf die vom westdeut-

schen Steinkohlenbergbau jetzt vorgenommenen Preiserhöhungen hat gezeigt, wie bedroht diese Freiheit de facto ist. Dabei ist es durchaus fraglich geworden, ob selbst eine edle marktwirtschaftliche Freiheit des Steinkohlenpreises Preiserhöhungen ermöglichen würde, die ausreichend wären, um die aus der Preispolitik der Vergangenheit erwachsenen Mängel zu heilen; anscheinend setzt eine Entwicklung ein, bei der der jahrzehntelange politische Druck auf den Steinkohlenpreis nunmehr von einem ernsthaften ökonomischen Druck durch den Wettbewerb anderer Energieträger abgelöst wird.

Der Anteil der Steinkohle an den im Bundesgebiet gewonnenen Trägern primärer Energie betrug im Jahre 1913 92 vH, im Jahre 1936 84 vH und nur noch 77 vH im Jahre 1956. Der Anteil der Braunkohle und der Pechkohle ist in der gleichen Zeit von 5 vH auf 16 vH gestiegen und der des Erdöls von 0,1 vH auf 3,2 vH. Zu den im Bundesgebiet im Jahre 1956 gewonnenen 3,2 Mill. t Rohöl (= 4,5 Mill. t Steinkohlen-einheiten) wurden noch 7,1 Mill. t Rohöl (= 10,2 Mill. t SKE) importiert, und das Rohöl könnte schon jetzt einen noch größeren Marktanteil — auf Importbasis — gewonnen haben, wenn nicht die heimische Mineralöl-erzeugung noch unter Zollschutz stünde.

Außer dem zunehmenden Wettbewerb anderer Energieträger muß der westdeutsche Steinkohlenbergbau auch einer ständigen Kostensteigerung begegnen, die ihm aus der Natur der Lagerstätten erwächst. Der für die Gewinnung und Förderung von Steinkohlen nötige Aufwand aller Art nimmt mit dem Vordringen in größere Tiefen zu; mit der Teufe, aber auch infolge fortschreitender Mechanisierung der Gewinnungsarbeiten unter Tage, wächst zugleich die Verunreinigung der Kohle durch Gestein und Erde und damit der in der Rohförderung enthaltene Anteil ballastreicher Kohle und der Aufbereitungsrückstände (Kohlenschlamm und -staub), die auf dem Markte schwer absetzbar und zum großen Teil überhaupt transportunwürdig sind. Diese mit der Förderung anfallenden Produkte können nur vom Bergbau selbst an Ort und Stelle nutzbar gemacht werden, sei es durch kohlenchemische Umwandlung, sei es durch Verfeuerung in Elektrizitätswerken mit spezialisierten Feuerungsanlagen.

Infolge der dargestellten Entwicklung steht der westdeutsche Steinkohlenbergbau als Investor seit Jahren vor der Aufgabe, mit künstlich gedrosselter Investi-

¹⁾ Vgl. hierzu Werner M o r i t z : „Der Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik als Investor.“ In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1957, Heft 3, S. 308.

Die Aufwendungen für Brutto-Sachanlage-Investitionen im westdeutschen Steinkohlenbergbau 1948 bis 1956

Volkswirtschaftliche Schätzung des DIW in Anlehnung an betriebswirtschaftliche Ermittlungen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus

	II. Hj. 1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1948 bis 1956
Investitionen insgesamt										
in Mill. DM	115	335	350	450	730	895	910	875	810	5 470
in DM je Beschäftigten jährlich	527	736	744	929	1 447	1 708	1 736	1 671	1 529	1 255
in vH der Löhne und Gehälter ¹⁾	21,4	19,0	20,0	29,2	33,9	33,4	30,2	24,9	26,7
in vH des Wertes der für den Absatz bestimmten Produktion	9,2	8,7	7,4	11,9	13,6	13,8	12,1	9,9	11,2
Gliederung nach Investitionsbereichen in vH										
Grubenbetriebe über und unter Tage einschließlich Brikettfabriken	45	49	48	47	44	52	50	57	51	50
Kokereien u. Kohlenwertstoffbetriebe	24	21	20	20	25	22	16	13	21	20
Kraftwirtschaft	26	27	29	30	30	25	31	26	25	27
Sonstige Betriebe	5	3	3	3	1	1	3	4	3	3

¹⁾ Ohne Sozialaufwand und indirekte Arbeitskosten.

tionskraft²⁾ nicht nur im Grubenbetrieb viele seit Jahrzehnten zwangsläufig versäumte Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen nachzuholen, sondern zugleich die Steinkohlenaufbereitung und besonders die bergbaueigene Kohlenveredelung in Brikettierungsanlagen, Kokereien, kohlenchemischen Anlagen und Elektrizitätswerken überproportional auszuweiten, um auch die Rentabilität der Steinkohlenförderung sicherzustellen.

Die Investitionsentwicklung seit der Währungsreform

Der westdeutsche Steinkohlenbergbau gehört zu den wenigen Industriegruppen, welche die Investitionstätigkeit in ihrem Bereich selbst untersucht und die Ergebnisse für die Zeit von der Währungsreform bis Ende 1956 bekanntgegeben haben. Die Untersuchungen wurden methodisch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt und ergeben daher auch nur die Investitionen im betriebswirtschaftlichen Sinn. Das DIW schätzt, daß die Investitionen im volkswirtschaftlichen Sinne um rd. 10 vH höher zu veranschlagen sind, als sie nach betriebswirtschaftlichen Richtlinien errechnet wurden.

Nach dieser Schätzung hat der volkswirtschaftliche Investitionsaufwand für Sachanlagen — ohne Wohnungsbau — im westdeutschen Steinkohlenbergbau seit der Währungsreform bis Ende 1956 die Summe von rd. 5,5 Mrd. DM erreicht, d. s. 8,5 vH der Brutto-Sachanlage-Investitionen der gesamten Industrie³⁾. Während jedoch die jährlichen Investitionsaufwendungen der gesamten Industrie ständig gewachsen sind — in den letzten vier Jahren sogar besonders schnell von 8 Mrd. DM im Jahre 1953 auf 12,5 Mrd. DM im Jahre 1956 —, hat die Zunahme der Investitionstätigkeit im Steinkohlenbergbau im Jahre 1954 aufgehört und in den folgenden Jahren einem Rückgang (von 910 Mill. DM im Jahre 1954 auf 810 Mill. DM im Jahre 1956) Platz gemacht. Fast die Hälfte — 46 vH — aller Investitionen des Steinkohlenbergbaus seit der Währungsreform sind in den drei Jahren 1952 bis 1954 durchgeführt worden, in denen die Anlagenzugänge nach § 36 des Investitionshilfegesetzes (IHG) sofort stark abgeschrieben werden konnten. Die durch § 36 IHG ermöglichte Bereitstellung von Eigenmitteln hat die Investitionskraft des Steinkohlenbergbaus mehr ge-

²⁾ Die Investitionskraft des westdeutschen Steinkohlenbergbaus ist nach seiner eigenen Schätzung in den Jahren 1948 bis 1956 allein durch die Politik des niedrigen Kohlenpreises um insgesamt etwa 2 Mrd. DM gemindert worden; außerdem wurde sie in Höhe von mehr als 1 Mrd. DM für den Bergarbeiterwohnungsbau (bergbaueigene Wohnungen und bergbau-finanzierte Wohnungen) in Anspruch genommen, der nach dem Kriege eine Voraussetzung für die Arbeit des Steinkohlenbergbaus überhaupt geworden war. In diesem Wohnungsbauaufwand von rd. 1 Mrd. DM sind nicht die rd. 740 Mill. DM enthalten, die daneben aus dem mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe gebildeten Bundestreuhandvermögen für den Bergarbeiterwohnungsbau bereitgestellt werden.

³⁾ Gesamte Industrie ohne Bau-Industrie und ohne öffentliche Versorgungsbetriebe.

stärkt als die relativ kleine Zuteilung von kaum 0,2 Mrd. DM Krediten aus dem Investitionshilfefonds. In den übrigen fünfzehn Jahren, in denen der Steinkohlenbergbau — im Verhältnis zur übrigen Industrie — nur wenig Eigenmittel bereitstellen konnte, waren für seine Investitionen öffentliche Kredithilfen entscheidend, da er infolge preispolitisch gedrosselter Erträge auf dem freien Kapitalmarkt nur unzureichend wettbewerbsfähig war. Die dem Steinkohlenbergbau in den Jahren 1949 und 1950 noch in Höhe von je 160 Mill. DM zugeteilten ECA-Kredite sanken auf rd. 70 bzw. 60 und 35 Mill. DM in den Jahren 1951 bis 1953, ohne daß andere Hilfen — außer der schon erwähnten kleinen Zuteilung aus dem Investitionshilfefonds — an ihre Stelle getreten wären. Erst 1955 erhielt der Steinkohlenbergbau wieder nennenswerte Kredite zu günstigen Bedingungen — in Höhe von 60 Mill. Dollar — aus einer in den USA aufgenommenen Anleihe der Montanunion. Allerdings waren die Abschreibungsbegünstigungen des IHG auf Anschaffungen in den Jahren 1955 und 1956 nicht mehr anwendbar; sie konnten aber durch Billigkeitsentscheidungen der Landesfinanzverwaltungen in zahlreichen Fällen ersetzt werden. Erst das im Sommer 1956 vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften erleichtert dem Steinkohlenbergbau wieder die Bereitstellung von Eigenmitteln für Investitionen, indem es Sonderabschreibungen auf Anlagen im Grubenbetrieb zuläßt, die nach dem 31. Dezember 1955 zur Steigerung der Steinkohlenförderung erstellt worden sind oder erstellt werden.

Während der Umfang der Investitionen durch die Ertragskraft des Steinkohlenbergbaus, seine steuerliche Belastung und die ihm gewährten Kredithilfen bestimmt wurde, kommt in ihrer Zweckbestimmung die Notwendigkeit der starken Ausweitung der Kohlenveredelung im Steinkohlenbergbau zum Ausdruck: Nur rd. die Hälfte aller Investitionsaufwendungen ist den Grubenbetrieben zugute gekommen, die andere Hälfte der bergbaueigenen Steinkohlenveredelung. Von den Investitionsaufwendungen für die Kohlenveredelung sind wiederum nur zwei Fünftel der traditionellen Kohlenveredelung in Kokereien und Kohlenwertstoffbetrieben zugeflossen, fast drei Fünftel jedoch der Zechenkraftwirtschaft. Das eindrucksvolle Ergebnis der Investitionen in der Zechenkraftwirtschaft ist der seit Jahren trotz zunehmender Förderung aus immer größeren Tiefen konstant gebliebene Kohlen selbstverbrauch der Zechen — der auf eine erhebliche Rationalisierung der Zechenkraftwirtschaft schließen läßt — und die Entwicklung der zecheneigenen Erzeugung von Elektrizität, die von 3,8 Mrd. kWh im Jahre 1948 auf 11,9 Mrd. kWh im Jahre 1956 gestiegen ist. Die Verwertung ballastreicher Kohle zur Elektrizitätserzeugung auf den Zechen selbst wird auch in absehbarer Zukunft die weitere Investitionsentwicklung wesent-

lich mitbestimmen; während die Stromverteilung eine spezifische Aufgabe der öffentlichen Versorgungsbetriebe bleiben dürfte, wird die Stromerzeugung in absolut und relativ steigendem Maße auch eine Aufgabe des Steinkohlenbergbaus werden.

Da auch die Kokereien einen wachsenden Bedarf an Koks und Gas zu decken haben werden, ist zu erwarten, daß die Steinkohlenveredelung auch künftig die Investitionskraft des Steinkohlenbergbaus stark in An-

spruch nehmen wird. Um so dringender wird jedoch zugleich die Aufgabe, in Zukunft auch die Steinkohlenförderung als die Grundlage der weiteren Entwicklung auszuweiten und besonders die so lange unterlassenen Neuaufschlüsse hinreichend voranzubringen. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbs anderer Energieträger mit der Steinkohle wird die Stärkung der Investitionskraft des Steinkohlenbergbaus auch eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein müssen.

Entwicklungstendenzen im Handwerk der SBZ

Obgleich ein selbständiges Handwerk als typische Mittelschicht weder in die sowjetzonale Konzeption paßt, noch ohne weiteres in eine zentral gelenkte Planwirtschaft einzuordnen ist, verlief seine Entwicklung — soweit statistische Daten darüber etwas aussagen können — in Mitteldeutschland ähnlich wie im Bundesgebiet.

Betriebe und Erwerbstätige im Handwerk der SBZ

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Betriebe	303 821	284 519	268 021	259 161	252 575	248 932
Gesamtzahl der im Handwerk Tätigen	858 329	830 505	793 650	786 376	810 127	844 891
davon:						
Inhaber und mit-helfende Familien-mitglieder	381 115	353 620	322 988	312 943	318 680	312 280
fremde Arbeits-kräfte	477 214	476 885	470 662	473 433	491 447	526 611
davon: Arbeit-nehmer	339 939	337 495	341 648	346 917	369 060	392 314
Lehrlinge	129 038	139 390	129 014	126 516	122 387	134 297
Heimarbeiter	8 237	.	8 486	8 936	9 998	10 327

Quelle: Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR, 1957, Nr. 1.

Die Gesamtzahl der Handwerksbetriebe ist — ähnlich wie zeitweise auch in Westdeutschland — in den Jahren 1950 bis 1955 um 18 vH und 1956 um weitere 4 vH auf 238 000 zurückgegangen, wobei die Entwicklung in den einzelnen Zweigen allerdings unterschiedlich war. Einer relativ hohen Abnahme in einigen Zweigen stehen Zugänge, vor allem im Dienstleistungshandwerk und in wichtigen Zweigen der Metallverarbeitung gegenüber.

Wenn auch die Zahl der im Handwerk Tätigen nach einem Rückgang in den Jahren 1950 bis 1953 seit dieser Zeit wieder anstieg, hat sich doch die Struktur dieser Schicht von Erwerbstätigen insofern stark gewandelt, als die Zahl der Selbständigen — mit Ausnahme einer vorübergehend gegenläufigen Entwicklung in der ersten Zeit des sogenannten „Neuen Kurses“ — immer weiter zurückgegangen ist, während die Zahlen der mithelfenden Familienangehörigen z. B.

von 54 967 im Jahre 1952 auf 73 348 Ende 1955 und die der fremden Arbeitskräfte (ohne Lehrlinge und Heimarbeiter) im gleichen Zeitraum von 341 648 auf 932 314 gestiegen sind. Die Betriebsgrößenstruktur hat sich in dieser Zeit ebenfalls geändert: Der Anteil der Betriebe mit 1 bis 3 Arbeitnehmern blieb zwar konstant, aber der Anteil der Betriebe mit vier und mehr Arbeitnehmern wuchs, während die sogenannten Alleinmeisterbetriebe zurückgingen.

Handwerksbetriebe der SBZ nach der Beschäftigtenzahl in vH aller Betriebe

Arbeitnehmer (ohne Lehrlinge und ohne Familienangehörige)	1952	1955
0 (Alleinmeisterbetriebe) . .	49,2	46,8
1—3	37,6	37,5
4—10	12,1	13,9
11 und mehr	0,9	1,8

Bei der altersmäßig ungünstigen Zusammensetzung der selbständigen Handwerker — beispielsweise standen im Bezirk Halle Anfang 1957 54,4 vH aller Handwerksmeister im Alter von über 50 und nur 16,5 vH unter 40 Jahren — wird der Rückgang der Alleinmeisterbetriebe voraussichtlich auch in Zukunft anhalten.

Eine Analyse der einzelnen Handwerkszweige nach der Zahl der Betriebe und Erwerbstätigen zeigt, daß in den großen konsumnahen Zweigen, wie Textil und Bekleidung sowie Lebensmittel, die Betriebe und die Erwerbstätigen sowie der Anteil dieser Gruppen am gesamten Handwerk rückläufig waren. Der relativ hohe Zugang an Betrieben und an Erwerbstätigen des Dienstleistungshandwerks wirkt sich deshalb nicht stark aus, weil dieser Zweig nur einen geringen Anteil am Handwerk ausmacht. Die Handwerksbetriebe des Maschinenbaus und der Elektrotechnik dagegen konnten ihren Anteil am Handwerk sowie an der Zahl der handwerklich Tätigen steigern, wobei die Zahl der Betriebe nur wenig (um 4 vH), die der Erwerbstätigen dagegen stärker (um 26,7 vH) stieg. Eine noch stärkere Konzentrationstendenz zeigt sich im Bauhandwerk; hier

Das mitteldeutsche Handwerk nach Handwerkszweigen

Zweig	Betriebe						Erwerbstätige					
	1951		1955		Veränderung		1951		1955		Veränderung	
	Anzahl	in vH	Anzahl	in vH	Anzahl	in vH	Anzahl	in vH	Anzahl	in vH	Anzahl	in vH
Maschinenbau/ Elektrotechnik	41 784	14,7	43 456	17,5	+ 1 672	+ 4	125 720	15,1	159 411	18,9	+ 33 691	+ 26,7
Textil und Bekleidung	85 522	30,0	64 287	25,8	- 21 235	- 24,8	188 997	22,8	145 276	17,2	- 43 721	- 23,1
Lebensmittel	48 626	17,1	37 615	15,1	- 11 011	- 22,6	141 154	17,0	131 937	15,6	- 9 217	- 6,5
Bau	42 261	14,9	33 627	13,5	- 8 634	- 20,4	158 713	19,1	163 974	19,4	+ 5 261	+ 3,3
Holz	29 686	10,4	29 968	12,0	+ 282	+ 0,9	92 646	11,1	96 409	11,4	+ 3 763	+ 4,0
Dienstleistungen	19 256	6,8	24 335	9,8	+ 5 079	+ 26,3	64 396	7,8	89 697	10,6	+ 25 301	+ 39,3
Sonstige	17 384	6,1	15 644	6,3	- 1 740	- 10,0	58 879	7,1	58 187	6,9	- 692	- 1,2
Zusammen	284 519	100,0	248 932	100,0	- 35 587	- 12,5	830 505	100,0	844 891	100,0	+ 14 386	+ 1,7

gingen die Betriebe erheblich (um 20,4 vH) zurück, die Zahl der Erwerbstätigen stieg dagegen etwas (um 3,3 vH) an.

Der Umsatz des Handwerks zeigt während des ersten Fünfjahresplanes eine Steigerung von 4,4 Mrd. DM-Ost im Jahre 1950 auf 7,6 Mrd. DM-Ost Ende 1955, d. h. um 71 vH. Der Gesamtumsatz hat sich 1956 leicht weiter erhöht, doch ist der Anstieg in den einzelnen Leistungsarten unterschiedlich gewesen.

Umsätze des Handwerks in der SBZ
in Mill DM Ost

	1950	1955	1956
Produktion (ohne Reparaturen und ohne Bau)	2 716	4 618	4 553
Reparaturen (ohne Bau)	768	1 081	1 141
Bau	691	1 361	1 457
Dienstleistungen	249	439	485
Zusammen	4 424	7 559	7 636

Quelle: Statistische Praxis, 1956, Nr. 5.

Für die SBZ typisch ist die in der letzten Zeit mit stärkerem Druck des Staates geförderte Bildung von Genossenschaften. Im „Gesetz zur Förderung des Handwerks“ vom 9. August 1950 war bereits die planmäßige Förderung von Liefer- und Einkaufsgenossenschaften vorgesehen. Ohne die Selbständigkeit des Einzelbetriebes zu berühren, sollten sie als „das unmittelbar lenkende Organ der Handwerksbetriebe zur Durchführung der im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes festgelegten Aufgaben“ dienen¹⁾. Etwa 80 vH der Handwerker haben sich wegen der staatlichen Begünstigung diesen Einkaufs- und Liefergenossenschaften angeschlossen, um Aufträge und Materialzuteilungen zu erhalten.

Die den gesellschaftspolitischen Zielen der Regierung entsprechende und als „sozialistische Organisation“ gewertete Form ist jedoch der Zusammenschluß in Produktionsgenossenschaften. Ende 1952 setzte deshalb eine mit der Zeit ständig zunehmende Propaganda²⁾ zur Bildung solcher Produktionsgenossenschaften (PGH) analog den entsprechenden Organisationen in der Landwirtschaft ein. Sie haben durch die „VO über Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ vom 18. August 1955³⁾ ihre gesetzliche Fundierung erhalten.

Handwerkerproduktionsgenossenschaften in der SBZ

Zeit	Zahl der	
	Genossenschaften	Mitglieder
1953	43	1 138
1954	50	1 449
1955 III. Vj.	67	1 913
IV. Vj.	85	2 290
1956 I. Vj.	112	2 837
II. Vj.	167	4 232
III. Vj.	205	5 235
IV. Vj.	240	6 209
1957 I. Vj.	255	6 748

Quellen: Neue Zeit, v. 4. 6. 1957 und Statistische Praxis, 1957, Nr. 5.

1) Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR, 1957, Nr. 1, S. 26.
2) „Neue Zeit“, vom 4. 6. 1957.
3) GBl., I, S. 597.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Produktionsgenossenschaften spiegelt — wenn sie auch am Stand des gesamten Handwerks gemessen noch kein besonderes Gewicht haben — die Auswirkungen gesetzlicher Druck- und Anreizmittel wider. Ging die Bildung dieser Genossenschaften in den Jahren 1953 und 1954 nur langsam voran, so zeigen sich vor allem Ende 1955 die Folgen der VO vom August des Jahres. Der Aufschwung vom ersten Quartal 1956 bis zur gleichen Zeit 1957 beruht auf verschiedenen, aber in innerem Zusammenhang stehenden Maßnahmen: erstens sind die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften Anfang 1956 von der Überführung aus der Sozialversicherung auf die Deutsche Versicherungsanstalt ausgenommen worden; sobald ein Handwerker seine Selbständigkeit aufgibt und sich einer solchen Genossenschaft anschließt, wird er nach der Anordnung vom 24. Mai 1957 (rückwirkend ab 1. Januar 1956)⁴⁾ nur noch entsprechend seinem bei der Genossenschaft erzielten Einkommen zu den wesentlich niedrigeren Sätzen und mit Anrecht auf die bei allen Trägern gleich hohen Leistungen über die Gewerkschaften sozialversichert. Je mehr die Beiträge in der Handwerkerversicherung ansteigen drohen, desto eher wird der Selbständige bereit sein, den Ausweg in die Produktionsgenossenschaft zu wählen⁵⁾.

Zweitens wird ihm diese Entscheidung durch die „VO über die Besteuerung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ vom 6. September 1956⁶⁾ durch Steuervergünstigungen erleichtert, die dazu beitragen sollen, „die bereits bestehenden Produktionsgenossenschaften zu festigen und den weiteren freiwilligen Zusammenschluß von Meistern und Gesellen der verschiedensten Handwerkszweige zu fördern“⁷⁾. Betraf die VO vom 6. September 1956 vor allem Befreiungen von der Umsatzsteuer für zwei Jahre und von solchen Steuern, durch deren Erlaß die technische Ausrüstung der Kollektivbetriebe gefördert wurde, so ergänzt die Erste Durchführungsbestimmung zu dieser VO vom 15. April 1957⁸⁾ sie dahingehend, daß die Mitglieder der Genossenschaften Steuervergünstigungen auch für ihre persönlichen Einnahmen erhalten, wobei für Mehrleistungen noch über diese Vergünstigungen hinausgehende Zugeständnisse gemacht werden. Noch weitergehende Vorteile hinsichtlich seines bisherigen Handwerksbetriebes erhält der bisher Selbständige für das erste Jahr nach seinem Eintritt in die Produktionsgenossenschaft⁹⁾.

Der dritte Weg, die Anziehungskraft dieser Genossenschaften auf die Handwerker zu verstärken, geht über eine besonders großzügige Kreditgewährung¹⁰⁾. Auf Grund einer Anordnung des Präsidenten der Deutschen Notenbank über die Kreditierung und Kontrolle der Produktionsgenossenschaften sind die Mitarbeiter der Kreditinstitute gehalten, hinsichtlich des planmäßigen Kreditbedarfs in Zusammenarbeit mit den Räten der Kreise bei der Aufstellung der entsprechenden Position „Anleitung und Hilfe“ zu geben. Vorübergehende Überschreitungen der planmäßigen Bestände sind „ohne besondere Formalitäten zu finanzieren“. Dazu kommen Sonderkredite bei voraussichtlicher Übererfüllung der Produktionspläne sowie eine großzügige Kredithilfe in der Anlaufzeit.

4) GBl., II, S. 207.

5) Wochenbericht des DIW, Nr. 34 vom 23. 8. 1957.

6) GBl., I, S. 737.

7) Dt. Finanzwirtschaft, 1956, Nr. 21.

8) GBl., I, S. 264.

9) Dt. Finanzwirtschaft, 1957, Nr. 13, S. 410 ff.

10) Dt. Finanzwirtschaft, (Ausg. Staatshaushalt) 1957, Nr. 11, S. 321 ff.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Aleken, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler †.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1956										1957					
			Jun	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jun	Juli	Aug.	
			26	26	26,9	25	27	24,4	24	26	24	26	24	25	22,2	27	26,9	
Anzahl der Werktage:																		
Kredite an Nichtbanken																		
Zentralbanksystem	BRD	Mill. DM	E	756	689	777	782	692	702	807	564	638	645	647	708	704	682	
Kreditbanken	"	"	"	26197	26084	26267	26504	26618	26704	26974	27461	27712	28151	28095	28150	28522	28712	
an Wirtschaft u. Private	"	"	"	23183	22942	22910	23206	22954	22958	23669	23306	23256	23983	23738	23675	24219	24041	
kurzfristige Kredite	"	vH	"	75,4	75,0	74,6	74,8	74,4	74,1	75,0	74,7	75,0	75,4	74,9	74,7	75,3	75,1	
dar. Wechselkredite	"	"	"	37,3	37,2	37,2	36,4	36,3	35,9	38,7	37,1	36,8	37,3	36,8	36,6	35,7	36,1	
mittelfristige Kredite	"	"	"	6,5	6,5	6,8	6,7	6,7	6,8	6,6	6,6	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3	6,2	
langfristige Kredite	"	"	"	18,1	18,5	18,6	18,5	18,9	19,1	18,4	18,7	18,6	18,2	18,7	19,0	18,4	18,8	
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	Mill. DM	"	537,8	579,1	748,4	570,3	969,0	1016,4	600,4	1324,4	1307,3	1259,7	1368,5	1358,5	1123,1	1446,4	
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	"	2525,5	2562,1	2608,3	2728,6	2695,5	2729,8	2705,5	2830,6	2878,4	2908,6	2988,6	3117,1	3179,2	3225,2	
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	"	"	55763	56315	57028	57734	58821	59929	59956	59174	61285	61894	62435	63634	64308	65276	
an Wirtschaft u. Private	"	"	"	42593	42979	43432	44002	44694	45419	45490	45867	46387	46714	46827	47357	47789	47994	
kurzfristige Kredite	"	vH	"	27,1	26,5	26,0	25,7	25,3	25,2	25,3	25,2	25,1	25,6	25,1	24,9	25,1	24,4	
dar. Wechselkredite	"	"	"	10,9	10,6	10,5	9,9	9,8	9,7	9,9	9,7	9,7	9,9	9,9	9,9	9,6	9,8	
mittelfristige Kredite	"	"	"	8,1	8,1	8,0	8,3	8,6	8,7	8,8	8,6	8,6	8,0	8,1	8,1	8,1	8,1	
langfristige Kredite	"	"	"	64,8	65,4	66,0	66,0	66,1	66,1	65,9	66,2	66,3	66,4	66,8	67,0	66,8	67,5	
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	Mill. DM	"	9222,7	9426,9	9694,3	9824,3	10235,2	10617,4	10603,4	9416,9	11015,0	11281,0	11684,6	12348,4	12524,5	13244,4	
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	"	3946,8	3909,4	3902,2	3904,0	3891,9	3892,1	3862,1	3589,7	3883,0	3899,4	3924,0	3929,1	3994,4	4037,2	
Bargeldumlauf und Bank-																		
einlagen																		
Bargeldumlauf außerhalb der	BRD	Mill. DM	E	14625	14561	14653	14846	14530	15063	14925	14533	14981	15117	15573	15776	15888	16171	
Kreditinstitute ²⁾	u.WB	"	"	33835	34334	34986	35590	36280	36871	37625	36947	37231	37213	37357	37900	37950	38446	
Sicht- und Termineinlagen, ges.	BRD	"	"	20365	21075	21434	21302	22131	22316	23242	22306	22204	22198	23646	23684	23331	24496	
von Wirtschaft und Privaten	"	"	"	69,6	69,0	68,5	67,8	67,6	67,8	70,0	66,6	65,5	66,3	66,4	66,2	66,3	65,6	
Sichteinlagen	"	vH	"	30,4	31,0	31,5	32,2	32,4	32,2	30,0	33,5	33,5	33,7	33,6	33,8	33,3	33,7	
Termineinlagen	"	"	"	18294	13109	13739	14122	14008	14424	14239	14509	14907	14798	13569	14096	14260	13054	
von deutschen öff. Stellen	"	Mill. DM	"	16,2	15,2	15,5	15,3	14,1	15,7	18,2	14,8	14,7	16,0	16,2	15,3	16,5	16,0	
Sichteinlagen b. Kreditinst.	"	"	"	57,0	56,8	55,5	55,7	53,8	52,0	49,3	49,1	48,4	46,3	48,5	46,4	44,0	41,9	
außer, d. Zentralbanksyst.	"	"	"	26,8	28,0	29,0	29,0	32,1	32,3	32,5	36,1	36,9	37,7	35,3	38,1	39,5	42,1	
Sichteinlagen beim ZBS	"	"	"	176	150	173	166	141	131	144	132	120	217	142	120	359	431	
Termineinlagen	"	"	"	235	226	210	188	207	189	187	208	162	162	155	148	135	162	
Einlagen allierter Dienst-	"	"	"	22325	22223	22294	22423	22646	22495	23372	23965	24364	24767	25032	25313	25525	25633	
stellen beim ZBS	"	Mill. DM	"	235	226	210	188	207	189	187	208	162	162	155	148	135	162	
Gegenwertmittel	"	"	"	22325	22223	22294	22423	22646	22495	23372	23965	24364	24767	25032	25313	25525	25633	
Spareinlagen	"	"	"	22325	22223	22294	22423	22646	22495	23372	23965	24364	24767	25032	25313	25525	25633	
Deutsche Bundesbank																		
Gold und Devisen, gesamt		Mill. DM	E	15195,9	15865,6	16208,4	16869,0	17352,5	17682,0	18055,3	18338,4	18744,6	18924,1	19519,5	20097,8	20605,0	21458,0	
Gold	"	"	"	4625,7	4982,8	5340,9	5411,5	5570,6	5762,8	6230,8	6530,9	6930,6	7334,4	7660,6	8044,5	8478,4	8886,9	
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	"	9811,8	10105,3	10144,4	10686,0	11037,5	11184,3	10992,3	11055,4	11119,9	10833,0	11197,3	11276,3	11305,5	11817,1	
Sorten, Wechsel u. Schecks	"	"	"	758,4	777,5	723,1	771,5	744,4	734,9	832,2	752,1	693,9	756,7	739,0	787,0	821,1	754,0	
Wertpapiermarkt																		
Absatz an festverzinsl. Schuld-	BRD	Mill. DM	S	354,5	296,4	607,1	533,8	295,4	144,3	324,1	567,7	234,4	390,0	227,9	314,4	516,8	759,1	
verschreibungen und Aktien ³⁾	u.WB	"	"	15,8	21,1	9,0	18,8	17,8	34,4	28,8	20,7	25,2	15,6	35,1	24,1	7,8	12,9	
Pfandbriefe	"	vH	"	34,5	23,1	4,4	6,0	4,7	11,5	17,4	3,8	12,1	20,9	29,6	23,0	11,6	10,5	
Kommunalobligationen	"	"	"	0,5	0,6	0,3	7,6	30,7	8,0	1,6	25,3	14,4	4,1	8,9	6,7	10,4	9,5	
Öffentliche Anleihen	"	"	"	0,4	3,8	34,3	45,0	11,9	27,5	8,7	15,1	19,4	25,5	11,4	21,4	16,8	15,7	
Industrieobligationen	"	"	"	48,8	51,4	52,0	22,3	34,8	18,6	42,5	29,7	24,2	33,4	14,0	14,8	52,6	45,8	
Aktien	"	"	"	185,2	183,3	177,8	181,4	184,2	180,0	183,2	184,0	179,5	181,7	184,3	181,1	177,6	181,1	
Kursdurchschnitt ⁴⁾	"	31.12.53=100	D	86,58	86,34	84,38	82,96	82,99	82,22	80,99	81,00	79,66	79,02	78,89	79,27	79,37	79,61	
Aktien ⁵⁾	"	"	"	96,14	95,58	94,55	94,07	94,07	93,58	92,83	91,99	90,65	90,10	89,39	89,33	89,39	89,13	
4%ige RM-Wertpapiere	"	"	"	97,01	96,37	95,45	94,70	94,57	94,35	93,63	92,61	91,28	90,71	89,92	89,75	89,71	89,62	
5%ige DM-Pfandbriefe	"	"	"	99,34	98,82	98,16	97,76	97,80	97,84	96,20	94,97	93,38	92,76	92,37	92,71	93,14	92,55	
5%ige DM-Kommunaloblig.	"	"	"	100,58	101,06	99,05	98,66	99,90	98,39	98,33	99,21	98,76	99,21	99,86	100,05	100,02	100,91	
8%ige DM-Industrieoblig.	"	"	"															
Finanzen																		
Kassenmäßige Einnahmen aus	BRD	Mill. DM	S	4072,5	3011,4	3082,8	4188,4	2991,5	3234,2	4612,0	3626,8	2870,8	4267,6	2769,0	3191,3	4442,8	2874	
Steuern d. Bundes u. d. Länder ⁶⁾	u.WB	"	"	2350,6	1128,0	1100,5	2372,1	1047,8	1075,7	2760,9	1475,6	1046,9	2495,1	980,3	1105,5	2637,3	1111	
Besitz- und Verkehrsteuern ⁷⁾	"	"	"	425,2	470,0	450,8	472,4	496,8	474,4	540,8	705,3	390,3	321,7	316,0	391,4	405,6	452	
Lohnsteuer	"	"	"	814,6	205,9	161,7	830,6	167,7	151,3	1011,2	274,8	199,6	1025,0	280,2	230,8	1054,3	225	
Veranl. Einkommensteuer	"	"	"	659,0	96,7	82,6	673,9	74,6	114,0	883,4	199,3	113,8	819,4	116,1	116,3	808,7	100	
Körperschaftsteuer	"	"	"	966,4	1070,8	985,5	1013,8	1075,5	1062,4	1062,7	1246,3	920,6	929,7	1019,5	1024,2	1019,4	1023	
Umsatzsteuer	"	"	"	686,4	722,6	656,7	702,3	765,4	717,5	719,8	108,6	540,8	763,1	670,2	691,6	720,7	740	
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	69,0	90,1	340,1	50,2	107,8	378,6	68,5	105,6	362,5	79,7	99,0	370,3	65,4		
Lastenausgleichsabgaben ⁸⁾	"	"	"															
Außenhandel⁹⁾																		
Einfuhr, insgesamt	BRD	Mill. DM	S	2431	2404	2328	2397	2613	2614	2532	2546	2417	2697	2516	2664	2478	2709	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	"	2760	2581	2449	2631	2866	2820	3034	2447	2713	3232	2800	3204	2856	3058	
Saldo ¹⁰⁾	"	"	"	+ 329	+ 177	+ 121	+ 234	+ 253	+ 206	+ 502	- 99	+ 296	+ 535	+ 284	+ 378	+ 349	+ 499	
Einfuhrvolumen ¹¹⁾	"	"	"	2206	2187	2123	2183	2420	2450	2389	2328	2221	2454	2279	2346	2205	2361	
Ausfuhrvolumen ¹¹⁾	"	"	"	2202	2060	1956	2099	2334	2266	2439	1944	2135	2555	2164	2464	2219	2388	
Terms of Trade ¹²⁾	"	"	"	113,6	113,6	113,6	113,6	113,9	115,9	117,0	115,6	116,5	115,4	117,2	114,0	115,2	111,3	
Einfuhr:	"	"	"															
Güter der Ernährungswirtsch.	"	Mill. DM	S	7														

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1956								1957							
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
			26	26	26,9	25	27	24,4	24	26	24	26	24	25	22,2	27	26,9	
Anzahl der Werktage:			26	26	26,9	25	27	24,4	24	26	24	26	24	25	22,2	27	26,9	
Bevölkerung																		
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	71500	
" " " 19)	BRD	"	"	3344	.	.	.	50023	50070	50111	50165	50216	
" " " 18)	G-B	"	"	2220	2222	2223	2224	2224	2224	2223	2224	2223	2222	2222	2222	2223	2225	
" " " "	W-B	"	"	1140	
" " " "	O-B	"	"	16600	.	.	16560	.	.	16520	.	.	16475	
" " " "	SBZ	"	"	1000	.	.	1003	.	.	1005	1006	1007	
" " " "	Saar	"	"	
Bevölkerungsbewegung																		
Geburten ¹⁾	BRD	auf 1000 Einwohner und 1 Jahr berechnet		16,0	16,0	15,6	
" " " "	W-B	"		7,9	7,7	7,8	8,0	7,3	7,7	7,5	8,0	8,0	8,3	8,3	8,4	8,2	7,8	
Sterbefälle ²⁾	BRD	"		10,0	9,9	9,3	
" " " "	W-B	"		13,0	13,1	12,8	13,6	13,3	15,0	15,2	15,1	15,4	17,5	15,2	14,8	14,4	13,5	
Eheschließungen	BRD	"		9,3	10,7	20,1	
" " " "	W-B	"		9,8	10,2	14,0	8,2	7,6	6,4	9,5	4,2	6,4	8,1	9,6	8,9	11,9	10,0	
Einkommen																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM 1949 = 100	S	2158,3	2155,3	2247,6	2116,6	2242,8	2272,6	2244,5	2235,8	2050,7	2161,8	2238,6	2360,7	2245,1	2345,8	
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM 1949 = 100	S	260,9	260,5	271,7	255,9	271,1	274,7	271,3	270,3	247,9	261,3	270,6	285,4	271,4	283,6	
" " " "	"	"	S	674,5	681,6	683,3	681,5	687,8	713,5	783,9	724,9	721,6	720,6	728,0	739,2	739,6	745,7	
" " " "	"	"	S	277,6	280,5	281,2	280,5	283,1	293,7	322,6	298,3	297,0	296,6	299,6	304,2	304,4	306,8	
Deutsche Bundesbahn																		
Personenverkehr																		
Bef. Personen, kalendertägl. Geleistete Personen-km ³⁾	BRD	1950 = 100 Mill.	S	108	120	108	128	113	112	115	119	118	117	118	108	115	.	
Güterverkehr																		
Beförderte Güter, arbeitstägl. Geleistete Nettotonnen-km ⁴⁾	"	1950 = 100 Mill.	"	131	129	127	132	137	145	134	126	128	132	134	136	136	.	
Wagengestellung, arbeitstägl.	"	1000	TD	64,4	63,9	63,0	65,3	66,5	70,0	65,0	61,0	62,3	64,8	65,2	65,9	66,1	64,0	
Straßenverkehr																		
Bef. Pers. auf Straßenbahnen ⁵⁾ in Kraftomnibussen ⁶⁾	BRD	Mill.	S	276,2	276,7	270,2	282,1	294,8	299,6	312,6	305,7	284,6	295,1	280,1	282,0	262,6	266,4	
Geleistete Tonnen-km im gewerblichen Güterfernverkehr ⁷⁾	BRD u. W-B	"	"	1238	1234	1242	1204	1297	1269	1071	1089	1071	1198	1205	1236	1135	.	
Gel. Tonnen-km im Werkfernverkehr ⁸⁾ Zulassung v. fabrikmässigen Kraftfahrzeugen insgesamt dar.: Personenkraftwagen	"	Stück	E	83811	73876	58410	56771	59427	51668	46995	46836	59856	89461	92979	83110	73274	70391	
" " " "	"	"	E	45212	41551	34035	36340	38747	34723	31521	30738	38393	54211	56273	50490	43974	40225	
Binnenschifffahrt ⁹⁾																		
Beförderte Güter, arbeitstägl. Geleistete Nettotonnen-km	BRD	1950 = 100 Mill.	S	218	220	216	218	204	195	183	168	172	199	212	224	232	213	
" " " "	"	"	"	3214,8	3211,0	3289,6	3179,0	3108,7	2602,1	2445,7	2469,6	2254,1	2883,8	2865,9	3247,7	2995,9	3306,7	
Seeschifffahrt																		
Güterverkehr, insgesamt dar.: Auslandsverkehr ¹⁰⁾	BRD	1000 t	S	5038,5	5425,5	5144,2	5327,6	5424,2	5010,8	5213,6	5051,2	4456,3	5162,8	4759,0	5011,9	5165,3	5509,4	
" " " "	"	1950 = 100	"	4745,9	5103,7	4824,0	5010,0	5093,4	4749,2	4995,5	4783,3	4192,9	4899,4	4481,6	4745,2	4862,5	5156,6	
Deutscher Seefrachtenindex	"	"	"	239	257	234	262	247	217	272	240	228	246	244	248	285	250	
Linienfahrt	"	2.Hj. 54=100	D	117,9	118,2	118,9	120,6	121,3	125,7	129,2	131,2	134,4	136,6	139,0	133,6	131,9	131,1	
Trampfahrt	"	"	"	159,8	158,5	162,5	162,4	164,2	189,8	208,0	193,1	188,0	158,9	151,4	129,7	118,8	112,9	
Tankerfahrt	"	Mot/Sc.=100	"	200,3	179,4	194,3	240,9	268,6	408,6	448,6	388,3	398,5	285,5	150,8	100,0	83,4	76,0	
Luftverkehr ¹¹⁾																		
Fluggäste	BRD u. W-B	1000 t	S	349,3	380,3	388,1	379,3	316,1	242,3	236,3	235,2	214,2	281,7	309,4	346,8	397,4	427,8	
Fracht	"	"	"	6883	6302	6067	6441	7172	6572	5680	4936	5015	5690	4928	5403	5192	4948	
Post- und Fernmeldeverkehr																		
Nachrichtenverkehr ¹²⁾	BRD u. W-B	1950 = 100 Mill.	S	154,1	156,2	153,1	153,0	167,0	164,3	186,7	164,3	149,7	163,3	164,0	162,8	153,4	.	
Briefsendungen	"	"	"	550	542	544	539	603	589	729	570	525	590	598	587	515	602	
Gewöhnliche Paketsendungen	"	"	"	18,1	17,1	18,0	18,9	22,7	24,3	30,4	18,4	18,8	20,5	21,5	20,6	16,9	18,5	
Telefongespräche	"	"	"	276	287	275	277	295	294	303	297	273	289	288	288	290	.	
Gutschriften i. Postscheckdienst	"	Mill. DM	"	15524	15090	15347	14543	15956	15524	17672	16733	14597	15860	16373	16501	15869	17442	
Guthaben auf Postsparbankknt.	"	"	D	1409	1437	1439	1440	1451	1440	1437	1491	1538	1582	1602	1631	1653	1681	
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	BRD	1954 = 100	S	118	118	118	110	126	139	193	112	107	122	136	126	121	133	
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	120	115	119	115	120	123	162	110	109	124	130	124	123	128	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	108	114	105	90	131	164	229	110	96	113	148	125	119	132	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	129	126	131	127	145	159	220	120	116	130	136	131	116	138	
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	125	125	124	117	123	130	196	116	113	128	136	135	124	134	
Index der Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt	BRD	1938 = 100	D	246	244	246	245	247	251	252	251	250	248	250	249	252	255	
" " " "	"	1950 = 100	"	129	127	128	128	129	131	131	131	130	130	131	130	131	133	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	134	133	134	133	135	136	136	136	135	135	136	135	137	139	
ausländischer	"	"	"	103	102	103	103	103	107	109	108	107	106	106	105	105	104	
Grundst. landwirtschaftl. Herk. industrieller	"	"	"	119	117	119	118	117	120	119	118	116	115	118	117	119	123	
" " " "	"	"	"	139	139	139	139	142	144	145	145	145	145	145	145	144	144	
Index der Erzeugerpreise																		
Gesamte Industrie	BRD	1938 = 100	D	224	224	225	225	227	230	231	232	231	231	232	231	231	231	
" " " "	"	1950 = 100	"	120	120	121	121	122	123	124	124	124	124	124	124	124	124	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	"	"	136	135	136	136	137	139	139	140	139	139	139	139	139	138	
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	127	127	127	128	128	130	131	132	132	132	132	132	132	132	
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	98	98	98	99	99	100	100	101	101	101	102	102	102	102	
Nahrungs- u. Genussmittelind.	"	"	"	104	104	104	105	105	106	106	107	106	106	105	105	105	105	
Index der Einzelhandelspreise																		
Insgesamt	BRD	1938 = 100	D	184	184	183	183	184	184	185	186	186	186	186	187	187	190	
" " " "	"	1950 = 100	"	107	107	106	106	106	107									